

Brüssel kramt Idee für EU-Sparkonto hervor

Vorschläge auch für Corporate und Covered Bonds

Börsen-Zeitung, 14.2.2014
fed Brüssel – EU-Kommissar Michel Barnier wird zum Ende seiner Amtszeit noch einmal ein ganzes Feuerwerk von Vorschlägen abbrennen. Im März will der Franzose ein großes Paket schnüren. Die gemeinsame Klammer ist das Ziel, Anreize für Investoren und Sparer zu schaffen, damit sie ihr Geld langfristig zur Verfügung stellen – und damit die Finanzierung von Infrastrukturen ermöglichen. Auf 1 Bill. Euro wird allein der Bedarf für Netze (Verkehr, Energie, Telekommunikation) in der EU bis 2020 geschätzt. Barniers Aktionsplan, den er als „Mitteilung“ präsentieren will, setzt auf das Grünbuch zur langfristigen Finanzierung auf. Allerdings werden aus vagen Überlegungen nun konkrete Aufträge.

Das gilt etwa für das Vorhaben eines EU-Sparkontos. Im Grünbuch war auf nationale Sparbücher mit staatlichen Garantien oder steuerlicher Vorzugsbehandlung wie das Livret A in Frankreich oder das Libretti Postali verwiesen worden – sowie auf den Bausparvertrag. Im aktuellen Text wird vor allem auf die Nutzung von Zinsdifferenzen innerhalb der EU abgestellt. Ein Konto, das einen EU-einheitlichen Zinssatz anbietet, böte Sparern in Ländern mit niedrigem Zins eine höhere Rendite. „Die EU-Kommission wird bis Ende 2014 eine Auswirkungsstudie über Machbarkeit und Ausgestaltung eines EU-Sparbuchs vorlegen, das sich an nationalen Modellen orientiert“, heißt es in dem EU-Papier, dessen Entwurf der Börsen-Zeitung vorliegt. Der Bankenverband hat bereits erklärt, er halte das Vorhaben für „bedenklich“. „Solche Ein-

griffe – vor allem, wenn sie mit staatlichen Förderungen wie Garantien oder Steuervorteilen verbunden sind – verzerren stets die Marktentscheidungen von Anlegern und Investoren.“

Die EU-Mitteilung macht noch viele weitere Vorschläge. So wird die EU-Versicherungsaufsicht um Ratschlag gebeten, um auf gesetzlichem Wege private Vorsorgeprodukte stärker für langfristige Finanzierungen zu mobilisieren. Noch in diesem Jahr möchte die EU-Kommission eine separate Mitteilung für die nationalen Förderbanken vorlegen, denen die EU eine wichtige Rolle beimisst. Darin soll es um Orientierung gehen, wie etwa beihilferechtliche Konflikte vermieden werden.

Weiterungen für CRD IV

Mit Blick auf die Kapitalmärkte beklagt Brüssel, dass der Mittelstand weitgehend vom Anleihemarkt ausgeschlossen sei. Daher soll der Bedarf „zusätzlicher Maßnahmen“ zur Schaffung eines liquiden Markts für Corporate Bonds überprüft werden – ebenso wie Vorgaben für Investmentfonds, in welche Wertpapiere sie anlegen dürfen. Auch wird die Idee neu aufgegriffen, einen Rechtsrahmen für einen integrierten Markt an Covered Bonds zu schaffen. Erfreut dürften Banken übrigens zur Kenntnis nehmen, dass die EU-Kommission bei der Konkretisierung der Liquiditätsvorgaben der EU-Kapitalrichtlinie (CRD IV/CRR) mögliche negative Effekte auf die Kapazitäten, langfristige Finanzierungen anzubieten, berücksichtigen will.